

Das soziale Fundament des Hochschulsystems stärken

Berlin, 3. Dezember 2024: Die 87. ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Studierendenwerks (DSW) hat Forderungen an die Politik beschlossen

Die 57 im Deutschen Studierendenwerk (DSW) organisierten Studierendenwerke fordern von Bund und Ländern insbesondere eine entschlossene Sanierungs- und Modernisierungsoffensive für die soziale Infrastruktur des deutschen Hochschulsystems.

Auf ihrer 87. ordentlichen Mitgliederversammlung am 3. Dezember 2025 verabschiedeten die rund 100 Delegierten aus den 57 Studierendenwerken einen gemeinsamen politischen Forderungskatalog mit dem Titel „Das soziale Fundament des Hochschulsystems stärken“. Darin unterstreichen sie, dass der seit Jahrzehnten angewachsene Sanierungsstau alle Hochschulgebäude betrifft -Hörsäle, Labore und Bibliotheken, aber auch die von ihnen betriebenen Menschen, Cafeterien und Studierendenwohnheime.

Auszüge aus dem Forderungskatalog der Studierendenwerke:

- Die anteiligen Bundes-Mittel für das Bund/Länder-Programm „Junges Wohnen“ sollen spätestens ab 2027 verdoppelt werden. Alle Bundesländer sind aufgefordert, das Programm kraftvoll umzusetzen, damit die Mittel vor Ort ankommen.
- Für die Wärmewende in den rund 1.700 Studierendenwohnheimen der Studierendenwerke soll der Bund gemeinnützig tätige Träger wie die Studierendenwerke mit einer erhöhten Förderung unterstützen. Erforderlich ist eine ausreichende, kumulierbare staatliche Förderung für Heizungstausch und energieeffiziente Sanierung, da die Studierendenwerke die nötigen Investitionen nicht aus Eigenmitteln leisten können.
- Die Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie in nationales Recht muss praktikabel gestaltet werden und insbesondere gemeinwohlorientierte öffentliche Träger wie die Studierendenwerke mit Zuschussförderung unterstützen, damit die Klimaziele erreicht werden können.
- Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den „Gebäudetyp E“ sollen zeitnah auf Bundesebene abschließend geregelt werden, um einfach und kostengünstig bauen zu können. Länder und Kommunen sollen den Studierendenwerken im Rahmen einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik kostengünstige Grundstücke – bevorzugt im Erbbaurecht und möglichst campusnah – bereitstellen. Ohne finanzierte Grundstücke können viele Studierendenwerke nicht bauen.
- Für ihre Menschen und Cafeterien beziffern die Studierendenwerke den Sanierungsbedarf auf insgesamt vier Milliarden Euro. Benötigt wird rasche Klarheit, welche Mittel aus dem Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität der Länder sowie der Schnellbauinitiative des Bundes bereitgestellt werden können. Die Länder sollen zügig gemeinsam mit den Studierendenwerken Fahrpläne für Neubau, Modernisierung und Sanierung entwickeln.

Die Beschlüsse der 87. ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Studierendenwerks

Das soziale Fundament des Hochschulsystems stärken

(DSW) im Überblick:

- [Infrastruktur endlich sanieren und modernisieren: Das soziale Fundament des Hochschulsystems stärken](#)
 - [Studierendenwerke stärken, Studierende fördern, Chancengleichheit realisieren](#)
 - [Höher, einfacher, digitaler: Die Reformagenda der Studierendenwerke fürs BAföG](#)
 - [Soziale Infrastruktur ist Schlüssel für erfolgreiche Internationalisierung](#)
 - [Deutschlandsemesterticket für Studierende: Preis vom regulären Deutschlandticket entkoppeln](#)
-

Auf dem Bild v.l.n.r.: Dr. Christoph Holtwisch (Münster), Sebastian Böstel (Aachen), Dr. Simon Drechsler (Köln), Ursula Dumsch (Wuppertal), Johannes Zedel (Dortmund), Jürgen Huber (Bonn), Stephan Förster (Düsseldorf), Achim Landgraf (Bielefeld), Michael Dahlhoff (Essen-Duisburg), Olaf Kroll (ARGE NRW), © Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW (ARGE NRW)